

2023

Was Treibt die Europäische Union Gegenwärtig an bei ihrem Strategischen Engagement gegenüber China?

Reza Hasmath, *University of Alberta*

Natalia Wzycka, *European Parliament*

Was Treibt die Europäische Union Gegenwärtig an bei ihrem Strategischen Engagement gegenüber China?

Reza Hasmath and Natalia Wyzycka

English Citation:

Hasmath, R. and Wyzycka, N. (2023) "What Drives the European Union's Contemporary Strategic Engagement with China?", *China: An International Journal* 21(3): 1-19.

Was Treibt die Europäische Union Gegenwärtig an bei ihrem Strategischen Engagement gegenüber China?*

Reza Hasmath, University of Alberta
Natalia Wyzycka, Europäisches Parlament

Zusammenfassung: In diesem Artikel werden die wichtigsten Determinanten des strategischen Engagements der Europäischen Union gegenüber China mit Bezug auf drei theoretische Ansätze diskutiert: eine institutionelle Perspektive, einen wertebasierten Ansatz und eine realpolitische Dimension. Es wird untersucht, welchen Nutzen die einzelnen theoretischen Positionen haben, und deren komplementäre und divergierende wesentlichen Merkmale skizziert. Dies geschieht mit Hilfe empirischer Belege aus langjährigen Interaktionspunkten zwischen der EU und China aus den letzten drei Jahrzehnten. Dazu gehören das Waffenembargo der EU gegen China, der Wettbewerb zwischen der EU und China in Afrika und die Position der EU in der Frage der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China. Diese Analyse kann die Missverständnisse und Unsicherheiten in den heutigen Beziehungen zwischen der EU und China verringern.

Stichworte: Europäische Union; China; Normen; Waffenembargo; Afrika; Marktwirtschaftsstatus

Einführung

Das gegenwärtige strategische Engagement der Europäischen Union (EU) mit China hat sich dahingehend entwickelt, dass eng aufeinander abgestimmte, gegenseitige Ziele berücksichtigt werden. In den Strategischen Perspektiven 2019 der EU, die von allen EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden, wird China als “Verhandlungspartner ..., mit dem die EU einen Interessenausgleich finden muss ... sowie zugleich [als] ein wirtschaftlicher Konkurrent” und als “Systemrivale, der alternative Governance-Modelle propagiert”, bezeichnet.

Diese Charakterisierung hat sich vor dem Hintergrund von Pekings Umgang mit der COVID-19-Pandemie und der in EU-Kreisen wahrgenommenen mangelnden Zuverlässigkeit Chinas als Krisenakteur noch verstärkt.¹ Eine ähnliche, negativ ausgerichtete Wahrnehmung Chinas wird

* Die Autoren sind dankbar für das wertvolle Feedback, das sie bei Vorträgen am Department of Government, der Harvard University, der Jagiellonian University und dem Europakolleg erhalten haben. Wir sind auch dankbar für die hilfreichen Kommentare von Una Berzina-Cerenkova. Ein früher Entwurf des konzeptionellen Rahmens für diesen Artikel wurde auf dem Internationalen Weltkongress der Politikwissenschaft 2016 (Poznan, Polen) vorgestellt. Bitte beachten Sie, dass die in diesem Artikel geäußerten Ansichten ausschließlich die der Autoren sind. Sie spiegeln nicht die offizielle Position von Natalia Wyzyckas derzeitigem Arbeitgeber, dem Europäischen Parlament, wider. Es handelt sich nicht um eine Veröffentlichung des Europäischen Parlaments, sondern um einen wissenschaftlichen Beitrag, der in persönlicher Eigenschaft verfasst wurde.

¹ Siehe z.B. High Representative of the EU for Foreign Affairs and Security Policy, “Trust and Reciprocity: The Necessary Ingredients for EU-China Cooperation.” (2020): https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/79582/trust-and-reciprocity-necessary-ingredients-eu-china-cooperation_en

innerhalb der EU aufgrund des anhaltenden Russland-Ukraine-Konflikts und der anhaltenden Nähe Chinas zu Russland gesehen.² Kommentatoren meinen, dass diese Ereignisse die Forderungen der EU nach einer "offeneren, rechenschaftspflichtigen und wertebasierten" Haltung Chinas verstärkt haben.³

Die fruchtbare und doch rivalisierende Partnerschaft zwischen der EU und China zeigt sich auch in den Handelsbeziehungen. Das Umfassende Investitionsabkommen (Comprehensive Agreement on Investment, CAI)⁴ wurde im Dezember 2020 nach siebenjährigen Verhandlungen beschlossen und verpflichtet China, EU-Investoren einen besseren Marktzugang zu ermöglichen. Das CAI schafft zweifellos ausgewogenere Handelsbeziehungen zwischen der EU und China. Das formale Verfahren zur Ratifizierung des CAI im Europäischen Parlament ist jedoch seit Mai 2021 auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, da die EU gegen China Sanktionen wegen möglicher Menschenrechtsverletzungen im uigurischen Autonomiegebiet Xinjiang (UAGX) verhängt hat.⁵ Dies spricht Bände über die manchmal sprunghafte, konfliktreiche und konkurrenzbetonte Natur der heutigen Beziehungen zwischen der EU und China.

Die Rivalität und die schwierige Beziehung zwischen der EU und China werden auch im Bereich der Cybertechnologie-Diplomatie deutlich.⁶ Im Januar 2020 empfahl die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten, die Abhängigkeit von 5G-Anbietern zu vermeiden, da diese als großes Risiko für die nationale Sicherheit angesehen werden.⁷ Dies bedeutete, dass das in Shenzhen ansässige Unternehmen Huawei – der weltweit größte Anbieter von Telekommunikationsausrüstung mit engen Verbindungen zu chinesischen Staatsbehörden – von der Bereitstellung von 5G-Infrastruktur für EU-Mitgliedstaaten ausgeschlossen wurde. Schweden⁸ und Frankreich⁹ haben sofort Schritte unternommen, Telekommunikationsgeräte von

² Politico, "EU Rings Alarm Bells on China – But Isn't Sure How to Respond." (2022):

<https://www.politico.eu/article/after-russia-debacle-eu-leaders-grow-wary-of-china-xi-jinping/>

³ Mark Leonard, "The End of Europe's China Dream." *European Council on Foreign Relations Policy Brief* (2020): https://www.ecfr.eu/article/commentary_the_end_of_europes_chinese_dream;

Andrew Small, "The Meaning of Systemic Rivalry: Europe and China Beyond the Pandemic." *European Council on Foreign Relations Policy Brief* (2020): https://www.ecfr.eu/publications/summary/the_meaning_of_systemic_rivalry_europe_and_china_beyond_the_pandemic

⁴ European Commission, "Key Elements of the EU-China Comprehensive Agreement on Investment." (2020): https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2542.

⁵ European Parliament, "MEPs Refuse Any Agreement with China Whilst Sanctions are in Place." (2021): <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210517IPR04123/meps-refuse-any-agreement-with-china-whilst-sanctions-are-in-place>. Für weitere Informationen, siehe Reza Hasmath, "Future Responses to Managing Muslim Ethnic Minorities in China: Lessons Learned from Global Approaches to Improving Inter-Ethnic Relations", *International Journal* 77, no. 1 (2022): 51-67.

⁶ Reza Hasmath and Una Berzina-Cerenkova, "Cyber Technology and the European Union's Gestaltian Approach to China", *Stosunki Międzynarodowe – International Relations* 2, no. 10 (2022).

⁷ European Commission, "Secure 5G Deployment in the EU: Implementing the EU Toolbox." (2020): <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2020:0050:FIN:EN:PDF>.

⁸ Reuters, "Swedish Court Upholds Ban on Huawei Selling 5G Network Gear." (2021): <https://www.reuters.com/technology/swedish-court-upholds-ban-huawei-selling-5g-network-gear-2021-06-22/>.

⁹ Bloomberg, "France's Huawei Ban Begins to Kick In With Purge in Urban Areas." (2021): <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-03-01/france-s-huawei-ban-begins-to-kick-in-with-purge-in-urban-areas>.

Huawei zu verbieten. Mehrere osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten¹⁰ unterzeichneten eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, um die Rolle von Huawei bei der Entwicklung von Telekommunikationsinfrastrukturen in ihren jeweiligen Ländern zu begrenzen. Deutschland hingegen, das den größten Telekommunikationsmarkt Europas besitzt, hat kein vollständiges Verbot erlassen.¹¹

Um die zugleich vorteilhafte, als auch konfliktreiche und konkurrierende Partnerschaft der EU mit China zu deuten, werden in diesem Artikel drei theoretische Behauptungen mit Hilfe empirischer Belege aus drei langjährigen Interaktionspunkten zwischen der EU und China aufgestellt: aus dem Waffenembargo der EU gegen China, dem Wettbewerb zwischen der EU und China in Afrika und der Position der EU in Bezug auf die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China. Alle drei Interaktionspunkte zwischen der EU und China haben eine relativ lange Geschichte, die sich über Jahrzehnte erstreckt. Dies ist analytisch wichtig, da diese Fälle nicht so anfällig für eine schnelle Änderung des Verhaltens der EU gegenüber China aufgrund aktueller Stimmungen sind. Dies ist umso wichtiger, als die EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Interessen haben und eine unterschiedliche Politik gegenüber China verfolgen können.¹² Es genügt zu sagen, dass Fälle mit zeitlicher Langlebigkeit es ermöglichen, die Position der EU als konglomerater Akteur präziser zu disaggregieren und zu fokussieren.

In diesem Artikel werden die theoretischen Implikationen dieser Analyse erörtert und es wird untersucht, ob wir die drei theoretischen Ansätze im Hinblick auf das Engagement der EU und Chinas verfeinern, zusammenführen oder eng miteinander verknüpfen können. Dieser Ansatz ist klug, da er ein klareres Verständnis der Entscheidungen der EU und Chinas (und der Reaktionen auf diese Entscheidungen) ermöglicht, was erhebliche Auswirkungen darauf hat, wie beide Akteure ihre gegenwärtigen Beziehungen zueinander gestalten.

Analyserahmen

Die institutionelle Sichtweise

Die erste theoretische Behauptung ist eine institutionelle Perspektive, die sich auf das Verständnis der institutionellen strukturellen Arrangements und des Verhaltens der EU konzentriert. Der Gedankengang ist hier, dass Verhaltensnormen auf EU-Ebene von den Institutionen der EU geschaffen und verbreitet werden.¹³ So fungieren die verschiedenen Organisations- und Entscheidungsgremien der EU (z.B. der Europäische Rat und die Ausschüsse der Kommission) als Vorboten institutioneller Normen und Vermächtnisse, die ihr außenpolitisches Verhalten gegenüber China bestimmen.

¹⁰ Siehe z.B. Wall Street Journal, “U.S. Signs 5G Agreement With Poland Amid Huawei Concerns.” (2019): <https://www.wsj.com/articles/u-s-signs-5g-agreement-with-poland-despite-huawei-concerns-11567434905>.

¹¹ Reuters, “German Ministers Agree Security Law with High Hurdles for Suppliers.” (2021): <https://www.reuters.com/article/germany-huawei-tech-idUSKBN28Q1ND>.

¹² Siehe z.B. Francois Godement and Abigael Vasselier, “China at the Gates: A New Power Audit of EU-China Relations.” *European Council on Foreign Relations* (2017): https://ecfr.eu/publication/china_eu_power_audit7242/

¹³ Sercan Gidisoglu, “Who is Deciding in the EU?: The Growing Role of EU’s Institutional Culture and Informal Procedures in Decision-Making” (paper presented at the Fifth Pan-European Conference on EU Politics, Porto, Portugal, 23-26 June 2010), p. 19.

Anders ausgedrückt, geht der institutionelle Ansatz davon aus, dass strukturelle Arrangements, einschließlich der Ressourcenkonfiguration einer Institution, das Verhalten und die Orientierung der Akteure bestimmen.¹⁴ Institutionen haben offenbar eine “starke sozialisierende Wirkung” auf die Akteure, die über “instrumentelle Anpassung und die strategische Konzeption von Regeln hinausgeht und die Verinnerlichung von Normen und Regeln in die Definition von Eigeninteressen und deren Berechnung einschließt”.¹⁵ Die Präferenzen der EU werden nämlich durch ihre institutionellen Strukturen geprägt, die eine Reihe von “Ritualen” und “Regeln” schaffen, an die sich die Akteure halten müssen. Diese “Rituale” und “Vorschriften” sind sogar so stark, dass sie zu einem eigenständigen Zweck werden. Dies zeigt sich daran, dass die EU ihr inneres Vermächtnis, die Grenzen der nationalen Souveränität nicht zu überschreiten, beibehält und die Politik auf EU-Ebene, z. B. im Bereich der Cybersicherheit, abmildert.¹⁶

Der institutionelle Ansatz birgt eine Reihe potenzieller Probleme in sich. Insbesondere stellt er eine deterministische Darstellung des Wandels dar, die von einer pfadabhängigen Präferenzbildung ausgeht, sobald die institutionellen Ergebnisse vorhanden sind. Darüber hinaus geht der institutionelle Ansatz von einer einheitlichen Sichtweise institutioneller Arrangements aus, die den Unterschieden innerhalb der EU-Mitgliedstaaten nicht Rechnung trägt. Dies ist insofern von Bedeutung, als eine Vielzahl von institutionellen Umgebungen konkurrierende “Rituale” hervorbringen kann, die nicht nur eine Leitpräferenz begünstigen.

Ein wertebasierter Ansatz

Die zweite Behauptung ist ein wertebasierter Ansatz, bei dem die EU als Körperschaft darauf abzielt, ihren nationalen Wählern und internationalen Partnern die Werte und Überzeugungen zu vermitteln, die der EU als Konglomerat am Herzen liegen – zum Teil durch *virtue signalling*. Vielleicht noch unverblümter und roher ausgedrückt: Die EU ist Anhänger eines kulturell tief verwurzelten Selbstverständnisses, wonach sie sich als eine Art “politischer Messias [der] die Rettung für die Regionen der Welt bringen wird, in denen Menschenrechte und demokratische Normen nichts als schimärische Ziele sind, die sich erst noch verwirklichen müssen”, sieht.¹⁷

Der wertebasierte Ansatz geht davon aus, dass soziokulturelle Faktoren die Präferenzbildung der Akteure motivieren. Hier werden die EU-Institutionen als “kulturelles Vermächtnis” und “historisches Erbe” wahrgenommen, die das individuelle Verhalten prägen. Als Ergebnis wird gezeigt, dass die EU nicht als unabhängige Variable agiert, sondern tief in einen soziokulturellen Nexus eingebettet ist, der ständig verhandelt und neu ausgehandelt wird. Die primäre Funktion der EU hat daher eher eine kognitive als eine normative Dimension, und die Lebenszyklen der EU-Institution sind vergänglich.

Der wertebasierte Ansatz übertreibt jedoch oft die Rolle der Kultur und stellt sie als universelle Variable dar, die die Gesamtheit der Handlungen erklären kann. Dadurch wird der

¹⁴ Herbert P. Kitschelt, “Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies”, *British Journal of Political Science* 16 (1986): 57-85.

¹⁵ Gidisoglu, “Who is Deciding in the EU?: The Growing Role of EU’s Institutional Culture and Informal Procedures in Decision-Making”, p. 5.

¹⁶ European Commission, “Commission Recommendation 2019/534, Cybersecurity of 5G Networks.” (2019): <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32019H0534>.

¹⁷ Salvador Regilme, “The Chimera of Europe’s Normative Power in East Asia: A Constructivist Analysis”, *Central European Journal of International and Security Studies* 5, (2011): 1-19, p. 15.

greifbare Einfluss, den kollektive Rationalität und Ressourcenbeschränkung auf die politische Präferenzbildung in EU-Kreisen ausüben können, erheblich geschmälert. Bestimmte soziale Theorien, wie die Theorie des Weltgemeinwesens, versuchen, einige dieser Probleme zu mildern, indem sie auf ein viel breiteres organisatorisches Umfeld zurückgreifen.¹⁸ Insbesondere der Einfluss internationaler “Kräfte” (z. B. der Globalisierung) findet größere Beachtung.

Dadurch wird jedoch nicht die offenkundig normative Sichtweise des Verhaltens thematisiert. Braun weist zum Beispiel darauf hin, dass “einige Akteure als eher rational [als normenbasiert] beschrieben werden könnten”.¹⁹ Ebenso scheint die Vorstellung, dass EU-Akteure “die normativen Grundlagen ihres Handelns betonen und sich ihrer bewusst sein können”, den homogenisierenden Einfluss kultureller Symbole und Skripte zu untergraben, den soziokulturelle Erklärungen hervorheben. Es genügt zu sagen, dass es oft schwierig ist, den Einfluss der Kultur auf die Präferenzen der Akteure genau herauszuarbeiten, ohne in pauschale Verallgemeinerungen oder unbequeme Behauptungen zu verfallen.

Von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, sehen die Realisten der internationalen Beziehungen die beobachteten Werte und Normen als öffentliche Rationalisierungen rationalen Verhaltens und nicht als eigenständig bestimmend. Aus einer Metaperspektive würden sie darauf hinweisen, dass ein wertebasierter Ansatz keine Bedeutung hat, wenn ein Akteur nicht die Macht hat, sie umzusetzen. Das heißt, Realisten werden behaupten, dass die Macht eines Akteurs ein universelles Ziel ist, dem soziokulturelle Belange untergeordnet werden können. Ebenso würden Macht- und Interessentheoretiker – d.h. diejenigen, die argumentieren, dass dominante Partei- oder Geschäftsinteressen die Außenpolitik bestimmen – argumentieren, dass ein wertebasierter Ansatz weitgehend von kapitalistischen Verhältnissen und politischen Parteien produziert und propagiert wird. Normen, die mit der herrschenden politischen Macht nicht übereinstimmen, werden an den Rand gedrängt und von der Bildung der herrschenden, gut finanzierten Institutionen ausgeschlossen.

Realpolitische Dimension

Die dritte Behauptung beinhaltet eine realpolitische Dimension: Die Ausrichtung der EU gegenüber China wird von einem Pragmatismus bestimmt, der durch den Druck der internen Interessengruppen beeinflusst wird. Dies wird durch die Vorstellung veranschaulicht, dass die EU “gute politische Beziehungen zu den Chinesen anstrebt, um Handelsvorteile für ihre nationalen Unternehmen zu erlangen” und “sich nicht aufzubürden, ... Peking in Fragen der Grundsätze und Werte offen konfrontieren zu müssen”.²⁰ Folglich legt dieser Standpunkt nahe, dass die Ausrichtung der EU gegenüber China von einer merkantilistischen Strategie bestimmt wird, die darauf abzielt, ihre Macht zu stärken und ihre Ressourcenmängel zu bekämpfen.

¹⁸ Gili S. Drori, “Information Society as a Global Policy Agenda: What Does it Tell Us About the Age of Globalization?” *International Journal of Comparative Sociology* 48, (2007): 297-316.

¹⁹ Mats Braun, *Europeanization of Environmental Policy in the New Europe: Beyond Conditionality* (Surrey: Ashgate, 2014), p. 14.

²⁰ Nicola Casarini, *Remaking Global Order: The Evolution of Europe-China Relations and its Implications for East Asia and the United States* (Oxford: Oxford University Press, 2009), p. 264. Zur weiteren Veranschaulichung, siehe Natalia Wzycka and Reza Hasmath, “The Impact of the European Union’s Policy Towards China’s Intellectual Property Regime.” *International Political Science Review* 38, no. 5 (2017): 549-562.

Im Mittelpunkt des realpolitischen Ansatzes steht die Annahme, dass die EU-Akteure ihre eigenen Verhaltensmuster hauptsächlich selbst bestimmen und eine rationale Wahl möglich ist. Daher bilden Überlegungen zu Rationalität, Effizienz und Eigeninteresse die Grundlage der Entscheidungsfindung in der EU. Aus dieser Perspektive werden die Auswirkungen institutioneller und wertebasierter Erklärungen deutlich heruntergespielt, da man davon ausgeht, dass die Akteure ihre Eigenschaften aktiv gestalten, anstatt sie zu reflektieren. Folglich ist es unerlässlich, die "Persönlichkeiten" der EU und der chinesischen Führung zu analysieren, um die politischen Präferenzen beider Seiten zu ermitteln.²¹ Auf einer nuancierteren Ebene sollte diese Analyse auch auf die verschiedenen staatlichen Organe²² ausgedehnt werden, die ihre Präferenzorientierungen unabhängig voneinander entwickeln können.²³

Die realpolitische Dimension stellt jedoch ein großes analytisches Problem dar. Die vorherrschende Annahme beruht auf einem Konzept der "individualisierten" Institution, deren Entscheidungen durch kontingente, abtrennbare Präferenzen bestimmt werden. Diese atomar fixierte Institution wird dann sozusagen zu einem isolierten Crusoe, der egoistisch und rational handelt und nicht auf soziale Marker reagiert.

Die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen der EU und China

Mit den drei theoretischen Behauptungen im Schlepptau gibt es einige kontextspezifische Überlegungen, die zu berücksichtigen sind, wenn es darum geht, die langjährigen Interaktionen der EU mit China empirisch zu verstehen.

Erstens gibt es eine grundlegende Divergenz bei den politischen Regimetyten. So verfügt China über ein überwiegend korporatistisches, autoritäres Regime, das von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) beherrscht wird.²⁴ Es ist jedoch nicht völlig politisch geschlossen, denn aufgrund der Tatsache, dass es offene Wahlen an der Basis (auf dem Dorf) gibt, wird China oft als "hegemonial, autoritär, mit Wahlsystem" bezeichnet. Im Vergleich dazu besteht die EU aus liberalen Demokratien mit Mehrparteiensystemen und vollem Wettbewerb zwischen den wahlkämpfenden Parteien auf der Ebene der Mitgliedsstaaten.

Zweitens gibt es eine allgemeine Varianz, wenn es um die philosophischen Grundlagen der innenpolitischen Entscheidungsfindung geht. In der Ära nach den Marktformen (ab 1978) hat China eine äußerst pragmatische Sichtweise der politischen Entscheidungsfindung angenommen, die nach außen hin den Grundsätzen des Pekinger Konsenses,²⁵ und strategischen politischen Experimenten verpflichtet ist.²⁶ Auf einer grundlegenden Ebene hat die EU den individuellen

²¹ Orion Lewis, Jessica Teets, and Reza Hasmath, "Exploring Political Personalities: The Micro-Foundation of Local Policy Innovation in China", *Governance* 35, no. 1 (2022): 103-122.

²² Reza Hasmath, "Convergence and Divergence in Policy Topics Among Think Tanks in China." In *Lobbying the Autocrat: The Dynamics of Policy Advocacy in Non-Democracies*, edited by Max Gromping and Jessica Teets (Ann Arbor, MI: University of Michigan Press), p. 87-108.

²³ Robert E. Freeman, *Strategic Management: A Stakeholder Approach* (Boston: Pitman, 1984).

²⁴ Reza Hasmath, "The Century of Chinese Corporatism." *American Affairs* 4, no. 1 (2020): 194-206; Jennifer Hsu, and Reza Hasmath, eds. *The Chinese Corporatist State: Adaptation, Survival and Resistance* (New York and Oxford: Routledge, 2013).

²⁵ Reza Hasmath, "White Cat, Black Cat or Good Cat? The Beijing Consensus as an Alternative Philosophy for Policy Deliberation", *China's World* 12, (2017): 12-24.

²⁶ Reza Hasmath, Jessica Teets, and Lewis Orion, "The Innovative Personality? Policymaking and Experimentation in an Authoritarian Bureaucracy", *Public Administration and Development* 39, no. 3

Rechten und Freiheiten einen normativen Wert beigemessen und verbindet das ‐Gemeinwohl‐ mit Vorstellungen von Demokratie und Gerechtigkeit, die sie als Modell f‐ur alle Nationen projiziert, wenn es um deliberative Politikgestaltung geht.²⁷

Drittens gibt es ein zunehmendes Ungleichgewicht der Wirtschaftskraft zwischen der EU und China. So liegt Chinas BIP (in Kaufkraftparitäten)  ber dem der EU (27.804 Mrd. USD gegenüber 18.377 Mrd. USD), wobei sich der Abstand in den kommenden Jahren voraussichtlich noch erheblich vergrößern wird.²⁸ Darüber hinaus hat die EU im Jahr 2021 ein Handelsdefizit von 249 Mrd. EUR (~ 194 Mrd. USD) gegenüber China.²⁹ Ganz zu schweigen davon, dass die EU mit einem schwächelnden Euro und einer wirtschaftlichen Stagnation konfrontiert ist. So lag die BIP-Wachstumsrate zwischen 2005 und 2019 bei durchschnittlich 1,38 Prozent, wobei sich diese Situation aufgrund der Auswirkungen von COVID-19 voraussichtlich noch verschlechtern wird. Im Vergleich dazu verzeichnete China von 1989 bis 2020 eine durchschnittliche BIP-Wachstumsrate von 9,37 Prozent und erreichte im ersten Quartal 1993 einen Höchststand von 15,30 Prozent.³⁰

Diese Überlegungen legen nahe, dass die Neigung der EU zu normenbasiertem Handeln (aufgrund der angenommenen Vorrangstellung eines wertebasierten Ansatzes bei der Festlegung des Verhaltens) einen normativen Konflikt zwischen der EU und China vorprogrammiert. Es ist zu erwarten, dass die EU gelegentlich ihr ‐Gemeinwohl‐ auf Kosten besserer Beziehungen zu China abschätzig propagiert. Da die soziokulturelle Normbildung jedoch ein Prozess der kontinuierlichen interessenbasierten Anfechtung auf subnationaler und supranationaler Ebene ist, bedeutet die inhérente Instabilität normenbasierten Verhaltens, dass die Wirkung von Normen in bestimmten Kontexten des Engagements zwischen der EU und China nachlassen kann. Auch die wirtschaftlichen Zwänge der EU, die sie unter Druck setzen, lukrative Handelsbeziehungen mit China aufrechtzuerhalten und Hindernisse f‐ur den internationalen privaten Handel zu minimieren, veranlassen die EU möglicherweise zu realpolitischen Strategien, wenn wichtige Wirtschaftsbeziehungen in Gefahr geraten könnten. Um besser herausfinden zu können, ob der bestehende Arbeitsrahmen die gegenwärtigen Interaktionen zwischen der EU und China treffend charakterisieren kann, werden drei langjährige Fälle aus den letzten drei Jahrzehnten analysiert.

Fall Nr. 1: Das Waffenembargo

Das Waffenembargo der EU gegen China wurde 1989 nach der Reaktion der KPCh auf die Studentenproteste auf dem Tiananmen-Platz verhängt. Das Waffenembargo kann als direkte Reaktion auf die von der EU wahrgenommene Missachtung der politischen und bürgerlichen Menschenrechte durch China verstanden werden. In der am 27. Juni 1989 in Madrid

(2019): 154-162; Jessica Teets and Reza Hasmath, ‐The Evolution of Policy Experimentation in China‐, *Journal of Asian Public Policy* 13, no. 1 (2020): 49-59.

²⁷ Daniel Innerarity, ed., *Democracy in Europe: A Political Philosophy of the EU*. (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2018).

²⁸ International Monetary Fund, ‐World Economic Outlook Database.‐ (2020):

<https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2020/01/weodata/index.aspx>

²⁹ Eurostat, ‐China-EU: International Trade in Goods Statistics.‐ (2022):

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=China-EU_-_international_trade_in_goods_statistics.

³⁰ National Bureau of Statistics, ‐Gross Domestic Product.‐ (2020): <http://www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/Quarterlydata/>

unterzeichneten Erklärung des Europäischen Rates zu China wurde die brutale Unterdrückung in China aufs Schärfste verurteilt und die chinesischen Behörden aufgefordert, die Hinrichtungen zu stoppen und den repressiven Maßnahmen gegen diejenigen ein Ende zu setzen, die legitimerweise ihre demokratischen Rechte einfordern.³¹ In der Erklärung wird betont, dass die “Achtung der Menschenrechte” und “die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie ein wesentliches Element für die Fortsetzung der Politik der Reformen und der Öffnung sind, die von der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten unterstützt wird”.³² Damals wie heute ist es offensichtlich, dass dem Waffenembargo der EU gegen China normative Erwägungen zugrunde lagen.

Doch war die Haltung der EU zu Beginn des Waffenembargos rational? Liegt die Weigerung, das Verbot aufzuheben, heute noch im strategischen Interesse der EU? Was die erste Frage betrifft, so scheint die EU eine rationale Politik zur Umsetzung ihrer normativen Ziele verfolgt zu haben. Dies ergibt sich aus folgendem Gedankengang: Erstens hatte China nach Tiananmen einen reuelosen Ton an den Tag gelegt und sich geweigert, politische Gefangene freizulassen. Daher versuchte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Freilassung oder Strafminderung der Tiananmen-Demonstranten zu erreichen. Dies gelang zum größten Teil – im Mai 1990 ließ China 211 politische Gefangene frei. Zweitens befand sich China 1989 noch in der ersten Phase seiner Marktreformenten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes betrug 344 Mrd. USD und China lag damit abseits der zehn größten Volkswirtschaften und hinter vier EWG-Staaten – Spanien, dem Vereinigte Königreich, Italien, Frankreich und Westdeutschland – und sein bilateraler Handel mit der EWG belief sich auf 23,51 Mrd. USD, was damals nur einen äußerst geringen Teil des gesamten Handelsvolumens der EWG ausmachte, aber beachtliche 21,1 Prozent des chinesischen Außenhandels. Aus dieser Perspektive war ein Waffenembargo rational, da (1) China 1989 keine große wirtschaftliche oder regionale/globale Macht war und (2) die EWG vergleichsweise geringe wirtschaftliche Vorteile aus ihrem Handel mit China zog, während China stark von der EWG abhängig war.

Die Beibehaltung des Verbots durch die EU, mehr als dreißig Jahre später, ist eine ganz andere Angelegenheit. Die strategische Positionierung der EU hat sich aufgrund ihrer schwächer werdenden wirtschaftlichen und militärischen Macht im Vergleich zu China erheblich verändert. Die “harte” Macht der EU, gemessen an den Verteidigungsausgaben, ist real stagniert, mit einem Budget von 193 Mrd. EUR (~ 207,2 Mrd. USD) im Jahr 2005 auf 192,5 Mrd. EUR (~ 206,7 Mrd. USD) im Jahr 2012 und 223,4 Mrd. EUR (~ 239,9 Mrd. USD) im Jahr 2018. Zum Vergleich: Chinas Verteidigungsausgaben beliefen sich 2005 auf 79,9 Mrd. USD und verdoppelten sich bis 2012 auf 168,6 Mrd. USD und 253,5 Mrd. USD im Jahr 2018.³³ Seit 2001 ist Chinas Militärhaushalt der zweitgrößte der Welt, hinter dem der USA. Es genügt zu sagen, dass eine fruchtbare Partnerschaft mit China für die EU heute bedeutender ist als im Jahr 1989.

Das Waffenembargo untergräbt die Komplexität der Beziehungen zwischen der EU und China. Wie der ehemalige EU-Botschafter in China, Klaus Ebermann, feststellt, vergiftet das Embargo “weiterhin die Beziehungen zwischen der EU und der Volksrepublik China”.³⁴ In

³¹ European Union Council Secretariat, *European Council's Declaration on China: EU Arms and Dual Use Exports Policy and EU Embargo on China*. (Brussels, Belgium: 2005), p. 3.

³² European Union Council Secretariat, p. 3.

³³ Stockholm International Peace Research Institute, “Military Expenditure Database.” (2020): <https://www.sipri.org/databases/milex>

³⁴ Richard Weitz, *Global Security Watch-China* (Santa Barbara: Praeger Security International, 2013), p. 88.

China wird das Embargo als anachronistisch, heuchlerisch und beleidigend angesehen, bis hin zu einem vorsätzlichen Akt, der den Wiederaufstieg des Landes in der Welt einschränken soll. China hat immer wieder betont, wie ungerecht das Embargo ist und wie es “das Konzept einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China herabsetzt”.³⁵ Obwohl die Chinesen in den letzten Jahren intensiv Lobbyarbeit bei der EU betrieben haben, um das Embargo abzuschaffen, wurde weder die Entscheidung getroffen, es zu ändern, noch wurde ein Kompromiss zwischen den EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage erzielt. Aus dieser Perspektive scheint es, dass die EU ihre Normen um einen potenziell erheblichen wirtschaftlichen Preis verteidigt, was auf einen starken normativen Unterton in ihrer Haltung hindeutet.³⁶

Das Problem wird noch komplizierter, wenn man bedenkt, dass das Embargo in der Praxis nicht mehr in der Lage ist, sein Ziel zu erreichen, die chinesische Menschenrechtspolitik zu verändern, und dass es die militärischen Kapazitäten Chinas nicht wesentlich beeinträchtigt. Zu diesem Zweck hat China wiederholt Nachdruck auf die Verbesserung seiner zivilen und politischen Menschenrechtslage gelegt. Seit dem Platz des Himmlischen Friedens wurden nur minimale Reformen durchgeführt, mit der großen Ausnahme der Abschaffung der Todesstrafe für Minderjährige in den späten 1990er-Jahren – eine Praxis, die zu einer internationalen *jus cogens*-Norm geworden ist.³⁷ Einige Kommentatoren haben sogar behauptet, dass sich die Menschenrechtslage in China verschlechtert hat, vor allem im Fall Liu Xiaobo/Chen Guangcheng und in der Politik gegenüber ethnisch-religiösen Minderheiten.³⁸ Darüber hinaus hat das Embargo selbst keine nennenswerten Auswirkungen auf Chinas Zugang zu Waffen weltweit oder ironischerweise innerhalb der EU, wie noch zu erörtern sein wird.

Möglicherweise unterliegt die EU dem Zwang der Symbolik, die eine Aufhebung des Waffenembargos bedeuten würde. Es würde nämlich den Eindruck erwecken, Chinas Verhalten zu billigen. Selbst wenn das Waffenembargo “als Instrument zur Erzwingung besserer Menschenrechtspraktiken ... weitgehend unwirksam war”, wird die EU von Akteuren der Zivilgesellschaft unter enormen Druck gesetzt, weil sie Menschenrechtsverletzungen übersehen

³⁵ Bates Gill and Andrew Small, “Untapped Trilateralism: Common Economic and Security Interests of the European Union, the United States and China.” In: *China and the EU in Context*, edited by Kerry Brown (London: Palgrave Macmillan, 2014), p. 228.

³⁶ Der Einfluss der USA auf die Aufrechterhaltung des Waffenembargos der EU gegen China sollte berücksichtigt werden. So signalisierten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich im Jahr 2004 ihre Bereitschaft, das Waffenembargo gegen China aufzuheben. Die Verabschiedung des „Anti-Sezessionsgesetzes“ in Bezug auf die Republik China (Taiwan) im März 2005 erschwerte die Situation. Damals drohten die USA der EU, dass sie Beschränkungen für die Ausfuhr von Militärtechnologie in die EU einführen würden, wenn das Waffenembargo gegen China aufgehoben würde. Siehe United States Senate Committee on Foreign Relations Hearing 109-94 (2005):

<https://www.govinfo.gov/content/pkg/CHRG-109shrg22886/html/CHRG-109shrg22886.htm>

³⁷ Reza Hasmath, “The Utility of Regional Peremptory Norms in International Affairs” (paper presented at the American Political Science Association Annual Meeting New Orleans, USA, 30 August-2 September 2012).

³⁸ Margaret Maurer-Fazio and Reza Hasmath, “The Contemporary Ethnic Minority in China: An Introduction.” *Eurasian Geography and Economics* 56, no. 1 (2015): 1-7; Reza Hasmath, “What Explains the Rise of Majority-Minority Tensions and Conflict in Xinjiang?” *Central Asian Survey* 38, no. 1 (2019): 46-60; Reza Hasmath and Jennifer Hsu, “Social Development in the Tibet Autonomous Region: A Contemporary and Historical Analysis.” *International Journal of Development Issues* 6, (2007): 125-141; Jonathan Tam and Reza Hasmath, “Navigating Uncertainty: The Survival Strategies of Religious NGOs in China.” *Journal of Civil Society* 11, (2015): 283-299.

und gegen ihre erklärten normativen Werte verstoßen hat.³⁹

Die Unwirksamkeit des Waffenembargos wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die Durchsetzungsmechanismen der EU schwach sind. Das Ratssekretariat der EU weist darauf hin, dass “aufgrund der Art der Erklärung der Geltungsbereich des Embargos nicht klar definiert ist”.⁴⁰ Die EU-Mitgliedstaaten können das Verbot von Waffenverkäufen unterschiedlich auslegen, wobei die Beurteilung von Rüstungsexporten den nationalen Behörden überlassen bleibt. Mit anderen Worten: Das Embargo verbietet nicht alle Waffenverkäufe an China vollständig. So konnte beispielsweise das Vereinigte Königreich trotz des Embargos weiterhin Waffenkomponenten und -technologien mit China handeln, indem es Unternehmen zwischen 1997 und 2006 Lizenzen für den Verkauf von Militärtechnologie und Bauteilen für Wehrtechnik im Wert von 500 Mio. GBP (~ 607 Mio. USD) an China erteilte.⁴¹

Dies geschieht, obwohl das Europäische Parlament in einer Resolution vom 24. Februar 2005 bekräftigt hat, dass “es für die EU falsch wäre, eine Aufhebung des Embargos für Waffenverkäufe an China ins Auge zu fassen, solange sich die Menschenrechtsslage in China nicht wesentlich verbessert hat”, und dass es “die Kommission auffordert, sich formell gegen einen solchen Schritt auszusprechen, wenn er im Rat diskutiert wird”. Es überrascht nicht, dass das EU-Parlament und die nationalen Parlamente mehrerer Nationalstaaten insgesamt gegen eine Aufhebung des Embargos gestimmt haben, bevor nicht substanziellere Fortschritte bei den Menschenrechten erzielt werden⁴². Damit weichen sie Normen, an die sie glauben und die sie auch von anderen Nationalstaaten erwarten.

Dies unterstreicht die Bedeutung von Normen für die Politik der EU in Bezug auf Waffenverkäufe an China. Die EU mag zwar Sicherheitsbedenken hinsichtlich der Weitergabe von militärischen Spitzentechnologien an China haben, aber Sicherheitsinteressen sind nicht die einzigen Faktoren, die die Position der EU bestimmen. Die EU ist gewillt, an ihrer Strategie – der Bekräftigung ihrer grundlegenden kulturellen Normen in Bezug auf die Menschenrechte – festzuhalten, auch wenn sie sich als ineffektiv erweist und einigen ihrer anderen, nicht normativen Interessen sogar schadet.

Fall Nr. 2: Engagement in Afrika

Ein Beispiel für das Engagement der EU und Chinas in Afrika ist der 2008 vorgeschlagene trilaterale Dialog- und Kooperationsrahmen. Ziel dieser Initiative war es, “eine bestimmte Anzahl von Bereichen zu ermitteln und zu behandeln, die sich für eine trilaterale Zusammenarbeit eignen, und diese Zusammenarbeit nach Möglichkeit mit bestehenden

³⁹ Jennifer L. Erickson, *Normative Power and EU Arms Transfer Policy: A Theoretical Critique and Empirical Test*. WZB Discussion Paper SP IV 2008-301 (2008), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Berlin Social Science Research Center), p. 20.

⁴⁰ European Union Council Secretariat, *European Council's Declaration on China: EU Arms and Dual Use Exports Policy and EU Embargo on China*, p. 1.

⁴¹ Weitz, *Global Security Watch-China*, p. 89.

⁴² Siehe z.B. European Parliament, *Resolution on the Commission's Legislative and Work Programme for 2005* (Strasbourg, France: Document Number: 2004/2563(RSP), 2005a); European Parliament, *Annual Report on the Human Rights in the World in 2004 and the European Union's Policy on this Matter* (Strasbourg, France: Document Number: 2004/2151(INI), 2005b).

Verpflichtungen in multilateralen Gremien zu verknüpfen”.⁴³ Zu den Themen, die für eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und China in Afrika von unmittelbarer Bedeutung sind, gehören insbesondere Frieden und Sicherheit, Infrastruktur und Ressourcenmanagement. Aufgrund der Größenordnung dieser ehrgeizigen Ziele war ein kooperativer Ansatz erforderlich. Bislang wurden jedoch nur minimale Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele des trilateralen Dialogs erzielt. Diese Situation wirft die folgenden Fragen auf: Was waren die treibenden Kräfte hinter der Initiative zum trilateralen Dialog? Warum wurden bei der Verwirklichung der Ziele der Initiative nur geringe Fortschritte erzielt?

Die EU schlug China den Rahmen des trilateralen Dialogs erstmals vor, als sie eine Mitteilung über die Frage verschickte, “ob zwischen der EU, Afrika und China mehr getan werden kann, um ihren politischen Dialog und ihre Zusammenarbeit durch Formen der trilateralen Kooperation zu verstärken”.⁴⁴ Hier handelte die EU aufgrund ihrer strukturellen Zwänge. Insbesondere Chinas Auftreten in Afrika und seine aktiven Investitionen in die Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen wurden als eine Minimierung der Möglichkeiten der EU und eine potenzielle Untergrabung ihrer Ziele wahrgenommen.⁴⁵ Darüber hinaus erforderte die Schwäche der Wirtschaftskraft und des militärischen Einflusses der EU einen kooperativen Ansatz mit China. Gleichzeitig beruhte das allgemeine Interesse der EU an der Entwicklung Afrikas auf einer Mischung aus wirtschaftlichen, normativen und Sicherheitsinteressen. So unterstrich der EU-Entwicklungsplan für Afrika die Notwendigkeit, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen und zu erleichtern,⁴⁶ das EU-Grünbuch betonte die demokratische Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte als integrale Bestandteile der EU-Entwicklungsstrategien,⁴⁷ und in der Policy Coherence for Development (PCD) der EU im Interesse der Entwicklung wurde Energie als eine der “Kurzdarstellungen” genannt.⁴⁸ In diesem Sinne haben ein wertebasierter Ansatz, Ressourcenzwänge und realpolitische Erwägungen die Entscheidung der EU untermauert, eine trilaterale Dialoginitiative mit China in Afrika einzuleiten.

Interessanterweise hat der trilaterale Dialog keine greifbaren, umsetzbaren Ergebnisse gebracht. Im Nachhinein zeigt sich, dass wirtschaftliche und sicherheitspolitische Erwägungen für die EU-Initiative von untergeordneter Bedeutung waren. Auf China entfielen im Durchschnitt nur 5 Prozent der jährlichen ausländischen Direktinvestitionen auf dem Kontinent, was deutlich weniger ist als die Investitionen aus den USA und der EU.⁴⁹ China hat Afrika also nicht so aggressiv “aufgekauft”, dass es die EU von den meisten Märkten verdrängt hätte. Darüber hinaus

⁴³ Commission of the European Communities, *Commission Staff Working Document on Progress by the People’s Republic of China Towards Graduation to Market Economy Status in Trade Defence Investigations* (Brussels, Belgium: Document Number: SEC(2008) 2503, 2008), p. 5.

⁴⁴ Katrien Van de Velde, *An Analysis of the European Policy Towards Trilateral Dialogue Between the EU, Africa and China* (Shanghai: Fudan University, 2011), p. 1.

⁴⁵ Jennifer Hsu, Timothy Hildebrandt, and Reza Hasmath, “Going Out or Staying In? The Expansion of Chinese NGOs in Africa”, *Development Policy Review* 34, (2016): 423-439.

⁴⁶ Joint Africa EU Strategy, *Action Plan 2011-2013*, 2011.

⁴⁷ European Commission, *EU Development Policy in Support of Inclusive Growth and Sustainable Development: Increasing the Impact of EU Development Policy* (Brussels, Belgium: Document Number: COM(2010) 629, 2010).

⁴⁸ Louise Van Sheik, *Policy Coherence for Development in the EU Council: Strategies for the Way Forward: Fiche on EU Energy Policy*. (Brussels: Centre for European Policy Studies, 2006).

⁴⁹ Nida Jafrani, “China’s Growing Role in Africa: Myths and Facts.” *Carnegie Endowment for International Peace* (2012).

flossen Chinas Investitionen überwiegend in autoritäre und halbautoritäre afrikanische Staaten, in die die EU nie vorgedrungen wäre. So unterstützte China beispielsweise Simbabwe in einer Zeit, in der die EU Sanktionen verhängte. Ebenso verkaufte China zwischen 2003 und 2006 unter Missachtung des Waffenembargos der Vereinten Nationen Waffen im Wert von 55 Millionen US-Dollar an den Sudan.⁵⁰ In der Tat wurde der Sudan zum Inbegriff dessen, was als Chinas “Komplettpaket” bezeichnet wird, das Geld, technisches Know-how und sogar Einfluss in internationalen Institutionen umfasst. So blockierte China im Jahr 2004 die Bemühungen der USA, UN-Sanktionen gegen den Sudan zu verhängen (der etwa 5 Prozent des chinesischen Öls liefert).

Es liegt auf der Hand, dass Chinas Investitionspolitik die EU-Märkte oder die Energiesicherheit nicht stark beeinträchtigt hat. Alle Einwände gegen Chinas Verhalten sind vielmehr auf normative Überlegungen zurückzuführen. Diese manifestieren sich in zwei Formen: Erstens war die EU unzufrieden mit den Auswirkungen der chinesischen Wirtschaftspolitik auf die lokale afrikanische Bevölkerung. Wie Muchie et al. feststellen, “importieren chinesische Unternehmen auf unfaire Weise ihre eigenen Arbeitskräfte, wodurch die lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten eingeschränkt und afrikanische Unternehmen ferngehalten werden”.⁵¹ Diese Tendenzen werden durch die Ankunft chinesischer Billigimporte, die die lokale afrikanische Industrie destabilisieren, noch verschärft. Im Falle Südafrikas zum Beispiel ging die zunehmende chinesische Marktdurchdringung größtenteils auf Kosten der lokalen Produktion.⁵² Schätzungen zufolge sind in der südafrikanischen Textilindustrie mehr als 75.000 Arbeitsplätze durch chinesische Billigimporte verloren gegangen.

Aus einem anderen Blickwinkel gesehen betrachtet die EU Chinas wirtschaftliches Engagement in Afrika als Ausbreitung der Korruption und Schwächung von Transparenz und guter Regierungsführung. Dies rührt daher, dass Chinas Pakete für ausländische Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe im Gegensatz zu denen der EU keine Klauseln zur Förderung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und guter Regierungsführung enthalten.⁵³ Die EU hat in ihrer Entwicklungspolitik gegenüber Afrika immer wieder die Bedeutung solcher normativen Ansprüche betont. So legte die Europäische Kommission bereits 1991 eine Resolution zur internationalen Entwicklung vor, die ein spezifisches Mandat für die Aufnahme von Bestimmungen zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihre Beziehungen zu den am wenigsten entwickelten Ländern und Entwicklungsländern enthielt. Die Konvention von Lomé aus dem Jahr 1995 spiegelte diesen Gedanken in der Vorgehensweise der EU gegenüber Afrika wider. Darin wurden die Achtung und Wahrung der Menschenrechte, die Anerkennung und Anwendung demokratischer Grundsätze und die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit und der Regierungsführung als grundlegende politische Prinzipien hervorgehoben. Es scheint, dass Chinas Missachtung vieler dieser Normen die Zusammenarbeit

⁵⁰ Chuka Euka, “China’s Military Presence in Africa: Implications for Continental Instability.” *Sacha Journal of Policy and Strategic Studies* 1, (2011): 68-81, p. 69.

⁵¹ Mammo Muchie, Sanya Osha, and Matlotleng P. Matlou, eds. *The Africana World: From Fragmentation to Unity and Renaissance*, Pretoria: Africa Institute of South Africa (2012), p. 125.

⁵² Lawrence Edwards and Rhys Jenkins, *The Impact of Chinese Import Penetration on the South African Manufacturing Sector*. Working Paper Number 120, Southern Africa Labour and Development Research Unit (2013), p. 22.

⁵³ Reza Hasmath and Jennifer Hsu, “Rethinking Global Civil Society in an Era of a Rising China.” *The China Review* 21, no. 3 (2021): 221-246; Hsu et al., “Going Out or Staying In? The Expansion of Chinese NGOs in Africa.”

ins Stocken gebracht hat. Die EU hat sich wiederholt zu diesem Punkt geäußert und beispielsweise in einem Bericht des Parlaments festgestellt: “Chinas bedingungslose Investitionen in jenen afrikanischen Ländern, die von repressiven Regimen fehlregiert werden, tragen dazu bei, dass Menschenrechtsverletzungen fortbestehen, verzögern den demokratischen Fortschritt weiter und behindern die Anerkennung einer verantwortungsvollen Staatsführung, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung von Korruption”.⁵⁴

Kurz gesagt, Chinas Engagement in vielen afrikanischen Ländern stärkt den Status quo, indem es die Stärke korrupter und schlecht geführter Regime aufrechterhält. Die EU – die eine explizite politische Agenda bei der Entwicklung nicht-demokratischer Nationen verfolgt – verliert ihre Position in Afrika an China. Die EU hat ihr Unbehagen darüber geäußert, dass China und einige afrikanische Staaten ungeachtet des mangelnden Schutzes und der Missachtung von Menschenrechten Geschäfte machen und dass ihre Führer den Rahmen internationaler Konventionen nicht respektieren. Daher haben EU-Parlamentarier die Aussetzung der unkontrollierten Zusammenarbeit Chinas “mit Regierungen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, in Konflikte verwickelt sind oder am Rande eines Krieges stehen, wie Simbabwe, Sudan, Tschad, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien und Eritrea” gefordert.⁵⁵ Ebenso ist die EU unzufrieden damit, dass China das internationale System nutzt, um das Gastland, mit dem es zusammenarbeitet, vor Sanktionen und anderen Präventivmaßnahmen zu schützen, wenn es schwerwiegende Anschuldigungen wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gibt. Es ist offensichtlich, dass die Unterschiede in den wertebasierten Normen zwischen der EU und China ein großes Hindernis für die Umsetzung des politischen Rahmens der trilateralen Dialoge darstellen.

Fall Nr. 3: Marktwirtschaftsstatus

Zwischen der EU und China besteht seit langem eine Meinungsverschiedenheit über die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus. Gemäß Artikel 15 des Protokolls über den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) können die Mitglieder China bis Ende 2016 für Antidumpingzwecke als Nichtmarktwirtschaft behandeln, sofern China nicht vorher nachweisen kann, dass es eine Marktwirtschaft hat. Am 12. Dezember 2016 wurde der Streitfall vor die WTO gebracht, die Frist ließ China daraufhin am 15. Juni 2020 verstreichen.⁵⁶

Die EU weigerte sich, China den Marktwirtschaftsstatus aus technischen Gründen zuzuerkennen. Die Bewertung des Marktwirtschaftsstatus durch die EU basiert auf fünf Hauptkriterien, die in der europäischen Gesetzgebung festgelegt sind und den Einfluss der Regierung auf Unternehmensentscheidungen, öffentliches Eigentum, Rechnungslegungsstandards für Unternehmen, Konkursvorschriften und Wechselkurspolitik betreffen.⁵⁷ Nach der Bewertung der EU hat China nur ein Kriterium erfüllt, nämlich das Fehlen

⁵⁴ European Parliament, *European Parliament Resolution of 23 April 2008 on China's Policy and its Effects on Africa* (Strasbourg, France: Document Number: 2007/2255(INI), 2008).

⁵⁵ European Parliament, “China's Policy in Africa: MEPs on the Alert.” (2008): [https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_info/2008/EN/03A-DV-PRESSE_IPR\(2008\)04-22\(27269\)_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_info/2008/EN/03A-DV-PRESSE_IPR(2008)04-22(27269)_EN.pdf).

⁵⁶ World Trade Organization, “DS516: European Union: Measures Related to Price Comparison Methodologies” (2020).

⁵⁷ Commission of the European Communities, *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the*

staatlich verursachter Verzerrungen in der Geschäftstätigkeit von Unternehmen im Zusammenhang mit der Privatisierung und der Anwendung eines nicht marktwirtschaftlichen Handels- oder Ausgleichssystems.

Die am häufigsten vorgebrachte Begründung für diese technischen Argumente ist die Vorstellung, dass die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU haben wird. Das heißt, die EU fühlt sich den Dumpingpraktiken Chinas ausgesetzt – eine Situation, die sich ihrer Meinung nach durch die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus noch erheblich verschlechtern kann. Insbesondere wäre China in einer stärkeren Position, wenn der Status zuerkannt würde. Es wäre in der Lage, seine Exporteure zu schützen (insbesondere diejenigen, die billigere Waren anbieten) und die Zahlung hoher Strafzölle in Antidumpingfällen zu vermeiden. Schätzungen zufolge würden Chinas Ausfuhren von Industrierzeugnissen in die EU in den ersten drei bis fünf Jahren nach der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus um 142,5 Mrd. EUR (ca. 153 Mrd. USD) steigen, während sich gleichzeitig das ohnehin schon große Handelsdefizit der EU gegenüber China weiter erhöhen und das BIP um 2 Prozent sinken würde.⁵⁸ Die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus bedeutet für die EU nicht nur den Verlust von schätzungsweise 1,7 bis 3,5 Millionen Arbeitsplätzen – vor allem in der Stahl-, Keramik- und Textilindustrie – sondern auch einen verschärften Wettbewerb, da die Möglichkeit, Zölle auf verschleuderte Waren zu erheben, auf ein Minimum reduziert wird und somit die einheimische europäische Produktion unterboten wird.

Da China immer weniger von den Exportmärkten abhängig ist und versucht, die Importe zu steigern und das Wachstum durch Ankurbelung der Inlandsnachfrage zu fördern, ist der Anstieg der chinesischen Ausfuhren in die EU möglicherweise nicht so groß wie erwartet, und daher sollten die wirtschaftlichen Argumente der EU genau geprüft werden. In erster Linie sind weniger als 1 Prozent aller chinesischen Ausfuhren in die EU von den Antidumpingmaßnahmen der EU betroffen. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus keine wirklich negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft der EU haben. Nach den Schätzungen von Cornelis ergibt sich bei der Durchführung einer Kosten-Nutzen-Analyse bezüglich der Einstufung Chinas als Marktwirtschaft, dass der Marktwirtschaftsstatus für China sogar nachteilig sein könnte.⁵⁹ Die Logik dabei ist, dass chinesische Exporteure bei einer Einstufung als Nicht-Marktwirtschaft die Anwendung der Marktwirtschaftsmethode vermeiden können, indem sie den Marktwirtschaftsstatus beanspruchen, ohne den Ausgleichszollregeln der Europäischen Kommission zu unterliegen. Darüber hinaus wird der Marktwirtschaftsstatus die chinesischen Exporteure nicht in eine bessere Position bringen, da die Neueinstufung Chinas als Marktwirtschaft das Land nicht vor Antidumpingmaßnahmen seiner Handelspartner schützt und die Verwendung von Daten aus Drittländern nicht verhindert. Darüber hinaus stellt Chinas wachsende Mittelschicht eine Chance für europäische Unternehmen dar, und die EU wird hoffen, dass China seine Investitionen in Europa ausweiten wird. Ganz zu schweigen davon, dass es in der EU ansässige transnationale Unternehmen gibt, die in großem Umfang in China tätig sind und ein Interesse daran haben, China als Marktwirtschaft anzuerkennen, um EU-Beschränkungen

Regions: the EU, Africa and China: Towards Trilateral Dialogue and Cooperation (Brussels, Belgium: Document Number: COM(2008) 654, 2008).

⁵⁸ Wendy Wu, “China Knocks on the Door of Europe’s Free Market Club.” *South China Morning Post*, 13 Jan. 2016.

⁵⁹ Joris Cornelis, “China’s Quest for Market Economy Status and its Impact on the Use of Trade Remedies by the European Communities and the United States”, *Global Trade and Customs Journal* 2, (2007): 105-115.

für ihre eigenen Exporte aus China ausschließen zu können.

Folglich stehen viele der wirtschaftlichen Überlegungen der EU, die auf merkantilistischen und protektionistischen Erwägungen beruhen, auf wackligen Füßen und weisen auf zusätzliche Probleme hinter ihrem Kalkül hin. Zur Veranschaulichung dieses Punktes kann man den willkürlichen Charakter der Klassifizierung des Marktwirtschaftsstatus hervorheben. Es gibt keine einheitlichen Standards dafür, was genau eine Marktwirtschaft und was eine Nicht-Marktwirtschaft in der WTO definiert. Daher schaffen die einzelnen Länder ihre eigenen Kriterien, die mitunter zu einer Reihe widersprüchlicher Standards führen. Dies wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass 81 andere Länder, darunter Russland, Brasilien, die Schweiz und Australien, China den Marktwirtschaftsstatus zuerkannt haben. Währenddessen verweigert die EU weiterhin die Anerkennung und stützt ihre Entscheidungen auf ein anderes Kriterium. Osteuropäische Länder und Russland haben von der EU den Marktwirtschaftsstatus erhalten, China jedoch nicht, da es einen viel höheren Grad an Marktwirtschaft aufweist. Als Russland von der EU der Marktwirtschaftsstatus zuerkannt wurde, belegte China interessanterweise einen höheren Rang als Russland, was den wirtschaftlichen Liberalisierungsindex und die Entwicklung der Marktwirtschaft anbelangt.

Ein institutioneller und ein wertebasierter Ansatz spielen offenbar eine große Rolle bei der Festlegung der EU-Haltung. Die Normen in der EU-Politik werden stark durch das institutionelle System gefiltert, wodurch sie in der Handelspolitik weniger wirksam sind.⁶⁰ Dies ändert jedoch nichts an der Absicht und dem ideologischen und rhetorischen Engagement der EU-Institutionen, diese Normen einzuführen, und es ändert auch nichts an ihrer tatsächlichen Präsenz, Relevanz und Bedeutung im politischen Entscheidungsprozess. So kann die EU beispielsweise den Marktwirtschaftsstatus als Verhandlungsmasse nutzen, um China zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage und zur Einführung demokratischer Reformen zu bewegen. Diese Ansichten werden von EU-Beamten unterstützt. Wie ein hochrangiger EU-Diplomat inoffiziell erklärte: “Das Waffenembargo und der Marktstatus sind Verhandlungsinstrumente, wenn wir Verbesserungen bei den Menschenrechten in China erreichen wollen”.⁶¹ Die chinesische Führung hat sich ähnlich geäußert: “Wir glauben, dass die beiden Themen [Marktwirtschaftsstatus und Waffenembargo] eine politische Diskriminierung Chinas darstellen ... je eher sie gelöst werden, desto eher kann die Belastung der Beziehungen zwischen der EU und China beseitigt werden”.⁶²

Obwohl ein gemeinsames Vorgehen bei der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China gefordert wird und die Verhandlungsposition der EU-Länder gegenüber China verbessert werden soll, wird dies durch eine zunehmende negative Wahrnehmung Chinas in Europa beeinträchtigt.⁶³ Diese negative Wahrnehmung kann dazu beitragen, die Weigerung einiger EU-Mitglieder zu verstehen, China den lang ersehnten Marktwirtschaftsstatus zu gewähren.⁶⁴ Es lohnt sich, zu wiederholen, dass die negative

⁶⁰ Hubert Zimmermann, “How the EU Negotiates Trade and Democracy: The Cases of China’s Accession to the WTO and the Doha Round.” *European Foreign Affairs Review* 13, (2008): 255-280.

⁶¹ Jing Men, “The EU and China: Norms vs. Pragmatism.” In *An EU Innovative External Action?*, edited by Ludovica Marchi Balossi-Restelli (Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars, 2011), p. 79-102, esp. 84-85.

⁶² Jing Men, “The EU and China: Norms vs. Pragmatism”, pp. 86-87.

⁶³ European Parliament, *EU-China Trade and Investment Relations in Challenging Times*, (2020).

⁶⁴ Nathalie Tocci, ed. *Who is a Normative Foreign Policy Actor? The European Union and its Global Partners* (Brussels: Centre for European Policy Studies, 2008).

Wahrnehmung aus der Diskrepanz der kulturellen und normativen Erwartungen zwischen der EU und China resultiert.

Theoretische Implikationen

Anhand der obigen empirischen Fälle wird deutlich, dass die drei theoretischen Erklärungen fragmentiert sind und den Argumenten für ihre allgemeinen wesentlichen Merkmale nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Infolgedessen wird der Schwerpunkt auf unterschiedliche Variablen gelegt, die oft in Konkurrenz zueinander stehen. So betonen institutionelle Erklärungen die Strukturen, während ein wertebasierter Ansatz die Kultur bzw. die individuelle Autonomie hervorhebt. Die Grenzen des isolierten Geltungsbereichs jeder theoretischen Erklärung wirken sich daher auf ihren Erfolg bei der genauen Erklärung der Präferenzbildung in den Beziehungen zwischen der EU und China aus. Dies hat dazu geführt, dass die Untersuchung der Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen der EU und China in sich geschlossen und partikularistisch geblieben ist und keine Einheitlichkeit erreicht hat. Aus dieser Perspektive ist es notwendig, die komplementären Elemente der drei theoretischen Erklärungsansätze zu einem Meta-Rahmen zu verschmelzen, der ihre Beschränkungen überwindet und ihre individuellen Schwächen abmildert.

Eines der grundlegendsten Elemente in allen drei theoretischen Erklärungen ist die Anerkennung dynamischer soziokultureller Normen und ihrer Interaktion mit dem umgebenden Umweltkontext. Zu diesem Zweck wird die Aufmerksamkeit auf Governance-Systeme gelenkt, die Institutionen, soziokulturelle Normen, strategische Akteure und Interessengruppen einschließen. Dies ergibt sich aus der Vorstellung, dass Governance-Systeme in ihrem Kern spezifische Konfigurationen von Machtbeziehungen und umstrittenen Interessenausrichtungen widerspiegeln, die dominante soziokulturelle, institutionelle und Stakeholder-Arrangements unterstützen. Aus diesem Grund sollten die drei theoretischen Erklärungsansätze nicht isoliert betrachtet werden, sondern vielmehr als tief verwobene, komplementäre Variablen, die die bestehende Machtdynamik in bestimmten Governance-Systemen strukturieren und durch sie strukturiert werden.

Folglich weist die vorgenannte Formulierung mehrere wichtige Merkmale auf. Erstens dient die Kultur als wichtigstes untermauerndes Element, das die institutionellen Ergebnisse und die Präferenzen der Akteure prädeterminiert. Insbesondere werden Institutionen als die Verkörperung soziokultureller Bedeutungssysteme oder die "[historischen] Verhandlungen, die zu gemeinsamen Typisierungen oder verallgemeinerten Erwartungen und Interpretationen von Verhalten führen", betrachtet.⁶⁵ Darüber hinaus werden die Rollen der Akteure als in hohem Maße situativ und abhängig von sozial konstruierten Variablen dargestellt.⁶⁶ Obwohl die Stakeholder (z. B. Regierungen, Interessensgruppen, Think Tanks, soziale Bewegungen) einen gewissen (individuellen und kollektiven) Einfluss auf die strategischen Präferenzen haben, kann der vorherrschende kulturelle/institutionelle Kontext ihre Wirksamkeit in allen Phasen der Entscheidungsfindung bestimmen, indem er die Autorität und Bedeutung der Stakeholder vorgibt.

⁶⁵ Stephen R. Barley, and Pamela S. Tolbert, "Institutionalization and Structuration: Studying the Links Between Action and Institution." *Organization Studies* 18, (1997): 93-117, p. 94.

⁶⁶ Ronald K. Mitchell, Bradley R. Agle, and Donna J. Wood, "Toward a Theory of Stakeholder Identification and Salience: Defining the Principle of Who and What Really Counts." *The Academy of Management Review* 22, (1997): 853-886.

Zweitens: Da die vorherrschenden wertebasierten Normen Ausdruck von Machtverhältnissen sind, kann die Beschaffenheit lokaler Ressourcenkonfigurationen bestimmte soziokulturelle Normen in den Vordergrund rücken, während andere außerhalb der Machtbereiche des Mainstreams bleiben. Die primäre Rolle struktureller Zwänge besteht also nicht so sehr darin, soziokulturelle Präferenzen zu formen, sondern vielmehr dazu beizutragen, zu bestimmen, welche sich in den Governance-Systemen am meisten durchsetzen.

Drittens werden Governance-Systeme und strategische Präferenzen als vergänglich und formbar angesehen, da die ihnen zugrundeliegende Variable – soziokulturelle Normen – durch ständige interessenbasierte Auseinandersetzungen konstruiert und neu verhandelt wird.

Aus diesem Rahmen lassen sich anschließend eine Reihe von Aussagen über das strategische Verhalten der EU gegenüber China ableiten. Erstens deutet die grundlegende kulturelle Basis der strategischen Orientierungsbildung darauf hin, dass das Handeln der EU eher normenbasiert ist und von ihrem historischen Erbe und kulturellen Vermächtnis geleitet wird. Zweitens legt die Vorstellung, dass Governance-Systeme fließend und soziokulturelle Normen umstritten sind, den Schluss nahe, dass die EU nicht über ein dauerhaftes kulturelles Erbe verfügt, das ihr Verhalten beeinflusst. Stattdessen besteht sie aus halbintegrierten, konkurrierenden Narrativen, die nach sozialer Vorherrschaft streben und eng mit der sich verändernden Dynamik der Macht verbunden sind. Diese inhärente Instabilität prädisponiert das normenbasierte Verhalten der EU für Veränderungen oder eine Neuausrichtung der Prioritäten. Drittens kann die EU ein eher institutionelles oder handlungsorientiertes strategisches Verhalten an den Tag legen, wie Merkantilismus, Realpolitik und Rationalismus, wenn sie besonders starken strukturellen oder organisatorischen Zwängen unterliegt. Dies ist möglich, da sich strukturelle Gegebenheiten und Beschränkungen auf die Machtverteilung auswirken und so zuweilen die vorherrschenden soziokulturellen Normen außer Kraft setzen können.

Schlussfolgerung

Normen, die sich aus dem kulturellen und historischen Erbe der EU ergeben, üben einen erheblichen Einfluss auf das strategische Verhalten der EU gegenüber China aus. Dies wird deutlich, wenn man die seit langem bestehenden Wechselwirkungen zwischen beiden Parteien in den Fällen des Waffenembargos der EU gegen China, des Wettbewerbs zwischen der EU und China in Afrika und der Position der EU, China den Status einer Marktwirtschaft zuzuerkennen, betrachtet. Jeder dieser langjährigen Fälle zeigt, dass die normativen Erwägungen der EU eine interaktive und manchmal potenziell übergeordnete Variable sind, die ihren politischen Ansatz gegenüber China in hohem Maße prägt und vorgibt. Die Bedeutung von Normen wird dadurch unterstrichen, dass sie selbst nicht-normativen Fragen wie dem Marktwirtschaftsstatus zugrunde liegen, da die EU mit Chinas scheinbar unvereinbaren Werten generell unzufrieden ist.

Natürlich gibt es gewisse Grenzen, bis zu denen die Normen der EU ihr Verhalten gegenüber China beeinflussen können. Wenn die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen, kann eine Analyse von Kosten und Nutzen Vorrang haben. Oder wenn es eine starke Lobby gibt – wie z. B. die USA, die bei der EU darauf drängen, das Waffenembargo gegenüber China aufzuheben – kann die Realpolitik Vorrang haben. Auch wenn strategische Interessen in solchen Fällen Normen untergraben, bedeutet dies nicht, dass Normen überhaupt keine Bedeutung haben. Es gibt einen ständigen Verhandlungs- und Neuverhandlungsprozess darüber, welche Ansprüche in welchem Maße Vorrang haben sollten. Daher die drei theoretischen Erklärungen, die sich in gewisser Weise gegenseitig ergänzen und uns helfen, die Faktoren zu verstehen, die das Verhalten der EU

gegenüber China bestimmen. Die verschiedenen theoretischen Erklärungen wirken also zusammen, allerdings mit unterschiedlicher Dominanz je nach den strategischen Interessen oder Ressourcenbeschränkungen. Nichtsdestotrotz sind Normen nach wie vor eine wichtige Variable, die die institutionellen Ergebnisse und die Präferenzen der Akteure vorgibt.

Das Verständnis für die wichtige Rolle, die Normen bei der Zusammenarbeit zwischen der EU und China spielen, kann unbeabsichtigte außenpolitische Folgen minimieren. In einem anderen Zusammenhang wurden beispielsweise die normativen Bemühungen der EU zur Unterstützung von mehr Demokratie in Osteuropa von Russland oft als aggressive Realpolitik interpretiert, die darauf abzielte, seine Sicherheit und letztlich sein (autoritäres) Regime zu untergraben. Dies spielte wohl eine wichtige Rolle im aktuellen Russland-Ukraine-Konflikt, in dem Russland die zunehmende Präsenz und den Einfluss der EU (und des Westens) in der Ukraine als langfristige Sicherheitsbedrohung wahrnahm. Die EU wird gut daran tun, dies in ihren Beziehungen zu China zu berücksichtigen. Dies wird eine größere und tiefere Zusammenarbeit fördern, da die Ziele und Absichten der staatlichen Akteure deutlicher erkennbar sind und direkt angesprochen werden können. Darüber hinaus kann das Verständnis der inhärenten Normen, die auf beiden Seiten eine Rolle spielen, die Überzeugungskraft der Staaten stärken, da jeder staatliche Akteur auf den gemeinsamen normativen Prämissen des jeweils anderen aufbauen kann. Das Endergebnis ist also eine sicherere internationale Ordnung, die die globale Sicherheit verbessert.

Künftige Studien sollten mehr Gewicht auf den Kontext legen, in dem sich Normen herausbilden – vielleicht mit Hilfe aktueller Fälle, wenn diese abgeschlossen sind, wie der sich entwickelnden Haltung der EU gegenüber Huawei oder der Reaktion der EU auf “16+1”, jetzt “17+1”. Dies ist wichtig, denn auch wenn China beispielsweise die auf Rechten basierende Gerechtigkeit und Demokratie hervorhebt, leitet ein ähnlich autoritäres Land wie Russland seinen normativen Standpunkt in erster Linie aus seiner Opposition zum Westen ab und nicht als Erweiterung seiner modernen Geschichte, die dem Fall Chinas ähnlicher ist. Infolgedessen können Nationalstaaten mit ähnlichen Normen wie China je nach Art ihrer Normentwicklung dennoch unterschiedliche Verhaltensreaktionen der EU hervorrufen.

Literatur

- Barley, Stephen R., and Pamela S. Tolbert. 1997. "Institutionalization and Structuration: Studying the Links Between Action and Institution." *Organization Studies* 18: 93-117.
- Bloomberg. 2021. "France's Huawei Ban Begins to Kick In With Purge in Urban Areas." Available at: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-03-01/france-s-huawei-ban-begins-to-kick-in-with-purge-in-urban-areas>.
- Braun, Mats. 2014. *Europeanization of Environmental Policy in the New Europe: Beyond Conditionality*. Surrey: Ashgate.
- Casarini, Nicola. 2009. *Remaking Global Order: The Evolution of Europe-China Relations and its Implications for East Asia and the United States*. Oxford: Oxford University Press.
- Commission of the European Communities. 2008a. "Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: the EU, Africa and China: Towards Trilateral Dialogue and Cooperation." Document Number: COM(2008) 654. Brussels, Belgium.
- Commission of the European Communities. 2008b. "Commission Staff Working Document on Progress by the People's Republic of China Towards Graduation to Market Economy Status in Trade Defence Investigations." Document Number: SEC(2008) 2503. Brussels, Belgium.
- Cornelis, Joris. 2007. "China's Quest for Market Economy Status and its Impact on the Use of Trade Remedies by the European Communities and the United States." *Global Trade and Customs Journal* 2: 105-115.
- Drori, Gili S. 2007. "Information Society as a Global Policy Agenda: What Does it Tell Us About the Age of Globalization?" *International Journal of Comparative Sociology* 48: 297-316.
- Edwards, Lawrence, and Rhys Jenkins. 2013. *The Impact of Chinese Import Penetration on the South African Manufacturing Sector*. Working Paper Number 120, Southern Africa Labour and Development Research Unit.
- Enuka, Chuka. 2011. "China's Military Presence in Africa: Implications for Continental Instability." *Sacha Journal of Policy and Strategic Studies* 1: 68-81.
- Erickson, Jennifer L. 2008. *Normative Power and EU Arms Transfer Policy: A Theoretical Critique and Empirical Test*. WZB Discussion Paper SP IV 2008-301, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Berlin Social Science Research Center).
- European Commission. 2010. "EU Development Policy in Support of Inclusive Growth and Sustainable Development: Increasing the Impact of EU Development Policy." Document Number: COM(2010) 629. Brussels, Belgium.
- European Commission. 2019a. *EU-China: A Strategic Outlook*. Available at: <https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>
- European Commission. 2019b. "Commission Recommendation 2019/534, Cybersecurity of 5G Networks". Available at: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32019H0534>.
- European Commission. 2020a. "Key Elements of the EU-China Comprehensive Agreement on Investment." Available at: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2542.

- European Commission. 2020b. "Secure 5G Deployment in the EU: Implementing the EU Toolbox." Available at: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2020:0050:FIN:EN:PDF>.
- European Parliament. 2005a. "Resolution on the Commission's Legislative and Work Programme for 2005." Document Number: 2004/2563(RSP). Strasbourg, France.
- European Parliament. 2005b. "Annual Report on the Human Rights in the World in 2004 and the European Union's Policy on this Matter." Document Number: 2004/2151(INI). Strasbourg, France.
- European Parliament. 2008a. "China's Policy in Africa: MEPs on the Alert." Available at: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_info/2008/EN/03A-DV-PRESSE_IPR\(2008\)04-22\(27269\)_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_info/2008/EN/03A-DV-PRESSE_IPR(2008)04-22(27269)_EN.pdf).
- European Parliament. 2008b. "European Parliament Resolution of 23 April 2008 on China's Policy and its Effects on Africa." Document Number: 2007/2255(INI). Strasbourg, France.
- European Parliament. 2020. EU-China Trade and Investment Relations in Challenging Times. Available at: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/603492/EXPO_STU\(2020\)603492_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/603492/EXPO_STU(2020)603492_EN.pdf)
- European Parliament. 2021. "MEPs Refuse Any Agreement with China Whilst Sanctions are in Place", Available at: <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210517IPR04123/meps-refuse-any-agreement-with-china-whilst-sanctions-are-in-place>.
- European Union Council Secretariat. 2005. "European Council's Declaration on China: EU Arms and Dual Use Exports Policy and EU Embargo on China." Brussels, Belgium.
- Eurostat. 2022. "China-EU: International Trade in Goods Statistics." Available at: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=China-EU_-_international_trade_in_goods_statistics.
- Freeman, Robert E. 1984. *Strategic Management: A Stakeholder Approach*. Boston: Pitman.
- Gidisoglu, Sercan. 2010. "Who is Deciding in the EU?: The Growing Role of EU's Institutional Culture and Informal Procedures in Decision-Making." Presented at the *Fifth Pan-European Conference on EU Politics* (Porto, Portugal), 23-26 June.
- Gill, Bates, and Andrew Small. 2014. "Untapped Trilateralism: Common Economic and Security Interests of the European Union, the United States and China." In: *China and the EU in Context*, edited by Kerry Brown, 214-250. London: Palgrave Macmillan, 2014.
- Godement, Francois, and Abigael Vasselier. (2017) "China at the Gates: A New Power Audit of EU-China Relations." European Council on Foreign Relations. Available at: https://ecfr.eu/publication/china_eu_power_audit7242/
- Hasmath, Reza. 2012. "The Utility of Regional Jus Cogens." Presented at the *American Political Science Association Annual Meeting* (New Orleans, USA), 30 August-2 September.
- Hasmath, Reza. 2017. "White Cat, Black Cat or Good Cat? The Beijing Consensus as an Alternative Philosophy for Policy Deliberation." *China's World* 12: 12-24.
- Hasmath, Reza. 2019. "What Explains the Rise of Majority-Minority Tensions and Conflict in Xinjiang?" *Central Asian Survey* 38(1): 46-60.
- Hasmath, Reza. 2020. "The Century of Chinese Corporatism." *American Affairs* 4(1): 194-206.
- Hasmath, Reza. 2022. "Future Responses to Managing Muslim Ethnic Minorities in China: Lessons Learned from Global Approaches to Improving Inter-Ethnic Relations." *International Journal* 77(1): 51-67.

- Hasmath, Reza. 2023. "Convergence and Divergence in Policy Topics Among Think Tanks in China." In *Lobbying the Autocrat: The Dynamics of Policy Advocacy in Non-Democracies*, edited by Max Gromping and Jessica Teets, 87-108. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Hasmath, Reza, and Jennifer Hsu. 2007. "Social Development in the Tibet Autonomous Region: A Contemporary and Historical Analysis." *International Journal of Development Issues* 6: 125-141.
- Hasmath, Reza, and Jennifer Hsu. 2021. "Rethinking Global Civil Society in an Era of a Rising China", *The China Review* 21(3): 221-246.
- Hasmath, Reza, Jessica Teets, and Orion Lewis. 2019. "The Innovative Personality? Policymaking and Experimentation in an Authoritarian Bureaucracy." *Public Administration and Development* 39(3): 154-162.
- Hasmath, Reza, and Una Berzina-Cerenkova. 2022. "Cyber Technology and the European Union's Gestaltian Approach to China." *Stosunki Międzynarodowe – International Relations* 2(10).
- High Representative of the EU for Foreign Affairs and Security Policy. 2020. "Trust and Reciprocity: The Necessary Ingredients for EU-China Cooperation." Available at: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/79582/trust-and-reciprocity-necessary-ingredients-eu-china-cooperation_en
- Hobhouse, Leonard. 1922. *The Elements of Social Justice*. New York: Henry Holt and Company.
- Hsu, Jennifer, and Reza Hasmath, eds. 2013. *The Chinese Corporatist State: Adaptation, Survival and Resistance*. New York and Oxford: Routledge.
- Hsu, Jennifer, Timothy Hildebrandt, and Reza Hasmath. 2016. "Going Out or Staying In? The Expansion of Chinese NGOs in Africa." *Development Policy Review* 34: 423-439.
- Innerarity, Daniel, ed. 2018. *Democracy in Europe: A Political Philosophy of the EU*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- International Monetary Fund [IMF]. 2020. World Economic Outlook Database. Available at: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2020/01/weodata/index.aspx>
- Jafrani, Nida. 2012. "China's Growing Role in Africa: Myths and Facts." *Carnegie Endowment for International Peace*. Available at: <http://carnegieendowment.org/ieb/2012/02/09/china-s-growing-role-in-africa-myths-and-facts/9j5q>.
- Joint Africa EU Strategy. 2011. "Action Plan 2011-2013." Available at : http://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/doc_jaes_action_plan_2011_13_en.pdf.
- Jones, Phil, and Jim Evans. 2008. *Urban Regeneration in the UK: Theory and Practice*. London: Sage.
- Kitschelt, Herbert P. 1986. "Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies." *British Journal of Political Science* 16: 57-85.
- Leonard, Mark. 2020. "The End of Europe's China Dream." European Council on Foreign Relations Policy Brief. Available at: https://www.ecfr.eu/article/commentary_the_end_of_europes_chinese_dream
- Lewis, Orion, Jessica Teets, and Reza Hasmath. 2022. "Exploring Political Personalities: The Micro-Foundation of Local Policy Innovation in China", *Governance* 35(1): 103-122.
- Maurer-Fazio, Margaret, and Reza Hasmath. 2015. "The Contemporary Ethnic Minority in China: An Introduction." *Eurasian Geography and Economics* 56(1): 1-7.

- Men, Jing. 2011. "The EU and China: Norms vs. Pragmatism." In *An EU Innovative External Action?*, edited by Ludovica Marchi Balossi-Restelli, 79-102. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars.
- Mitchell, Ronald K., Bradley R. Agle, and Donna J. Wood. 1997. "Toward a Theory of Stakeholder Identification and Salience: Defining the Principle of Who and What Really Counts." *The Academy of Management Review* 22: 853-886.
- Muchie, Mammo, Sanya Osha, and Matlotleng P. Matlou, eds. 2012. *The Africana World: From Fragmentation to Unity and Renaissance*. Pretoria: Africa Institute of South Africa.
- National Bureau of Statistics [NBS]. 2020. "Gross Domestic Product". Available at: <http://www.stats.gov.cn/english/statisticaldata/Quarterlydata/>
- Politico. 2022. "EU Rings Alarm Bells on China – But Isn't Sure How to Respond." Available at: <https://www.politico.eu/article/after-russia-debacle-eu-leaders-grow-wary-of-china-xi-jinping/>
- Regilme, Salvador. 2011. "The Chimera of Europe's Normative Power in East Asia: A Constructivist Analysis." *Central European Journal of International and Security Studies* 5: 1-19.
- Reuters. 2021a. "German Ministers Agree Security Law with High Hurdles for Suppliers." Available at: <https://www.reuters.com/article/germany-huawei-tech-idUSKBN28Q1ND>.
- Reuters. 2021b. "Swedish Court Upholds Ban on Huawei Selling 5G Network Gear." Available at: <https://www.reuters.com/technology/swedish-court-upholds-ban-huawei-selling-5g-network-gear-2021-06-22/>.
- Small, Andrew. 2020. "The Meaning of Systemic Rivalry: Europe and China Beyond the Pandemic." European Council on Foreign Relations Policy Brief. Available at: https://www.ecfr.eu/publications/summary/the_meaning_of_systemic_rivalry_europe_and_china_beyond_the_pandemic
- Stockholm International Peace Research Institute [SIPRI]. 2020. Military Expenditure Database. Available at: <https://www.sipri.org/databases/milex>
- Tam, Jonathan, and Reza Hasmath. 2015. "Navigating Uncertainty: The Survival Strategies of Religious NGOs in China." *Journal of Civil Society* 11: 283-299.
- Teets, Jessica, and Reza Hasmath. 2020. "The Evolution of Policy Experimentation in China." *Journal of Asian Public Policy* 13(1): 49-59.
- Tocci, Nathalie, ed. 2008. *Who is a Normative Foreign Policy Actor? The European Union and its Global Partners*. Brussels: Centre for European Policy Studies.
- United States Senate Committee on Foreign Relations. 2005. *Hearing 109-94*. Available at: <https://www.govinfo.gov/content/pkg/CHRG-109shrg22886/html/CHRG-109shrg22886.htm>
- Van de Velde, Katrien. 2011. *An Analysis of the European Policy Towards Trilateral Dialogue Between the EU, Africa and China*. Shanghai: Fudan University.
- Van Sheik, Louise. 2006. *Policy Coherence for Development in the EU Council: Strategies for the Way Forward: Fiche on EU Energy Policy*. Brussels: Centre for European Policy Studies.
- Wall Street Journal. 2019. "U.S. Signs 5G Agreement With Poland Amid Huawei Concerns." Available at: <https://www.wsj.com/articles/u-s-signs-5g-agreement-with-poland-despite-huawei-concerns-11567434905>.
- Weitz, Richard. 2013. *Global Security Watch-China*. Santa Barbara: Praeger Security International.

- World Trade Organization. 2020. "DS516: European Union: Measures Related to Price Comparison Methodologies." Available at: https://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds516_e.htm
- Wu, Wendy. 2016. "China Knocks on the Door of Europe's Free Market Club." *South China Morning Post*, January 13. Available at: <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy-defence/article/1901012/china-knocks-door-europes-free-market-club>
- Wyzycka, Natalia, and Reza Hasmath. 2017. "The Impact of the European Union's Policy Towards China's Intellectual Property Regime." *International Political Science Review* 38(5): 549-562.
- Zimmermann, Hubert. 2008. "How the EU Negotiates Trade and Democracy: The Cases of China's Accession to the WTO and the Doha Round." *European Foreign Affairs Review* 13: 255-280.